

Banner des Leninismus

Zeitschrift der Linken Kommunisten in Oesterreich und der Tschechoslowakei

1. Jahrgang

Wien — Prag, Mai 1929

Nummer 1

Ein Schritt nach vorwärts.

Mit der Herausgabe des „Banner des Leninismus“ beginnt ein neuer Abschnitt im Kampfe der Linken Kommunisten in Oesterreich und der Tschechoslowakei. Die erste Etappe der Herausbildung eines kleinen Gründkaders, der inneren Klärung in den eigenen Reihen, ist abgeschlossen. In beiden Ländern bestehen heute bereits festgefügte, linkskommunistische Gruppen. Die Hebel sind geschaffen, die die beginnende Umgruppierung in den kommunistischen Reihen zielbewußt und planmäßig beeinflussen werden, in der Richtung des Marxismus-Leninismus, der heute in der Komintern durch kleinbürgerlich-scheintrevolutionäre Theorien und Methoden verdrängt wird.

Als gemeinsames Organ der oppositionellen Kommunisten in Oesterreich und der Tschechoslowakei geschaffen, ist „Das Banner des Leninismus“ der erste Schritt in der Richtung des unausbleiblichen, brüderlichen Zusammenschlusses aller oppositionellen Kommunisten-Leninisten im nationalen und internationalen Maßstab zum festgefügten linken Flügel der Kommunistischen Internationale.

Zur Frage der internationalen Leninopposition.

G. Gouroff, Moskau.

Unter dem Namen der Opposition werden gewöhnlich zwei in ihrem Wesen unverblümliche Strömungen verbunden: die revolutionäre und die opportunistische. Diese beiden Strömungen sind miteinander nur durch ihre feindliche Haltung zum Zentrismus und zum „Regime“ verbunden. Aber diese Verbindung ist eine rein negative. Unser Kampf gegen den Zentrismus hat seinen Ursprung eben in dessen halbopportunist. Kurs, der den vollen Opportunismus deckt, trotz der zeitweiligen scharenhaften Verwürfnisse mit ihm. Daher kann keine Rede von einem Block der linken und rechten Opposition sein. Dies erfordert keiner Beweise.

Das bedeutet aber nicht, daß unter der Fahne der rechten Opposition ausschließlich hoffnungslos opportunistische Elemente hervortreten. Politische Gruppierungen bilden sich nicht auf einmal. In der ersten Zeit gibt es immer viel Mißverständnisse. Die mit der Partei unzufriedenen Arbeiter geraten oft nicht in die Tür, die sie suchten. Momentan ist es besonders wichtig, diesen Standpunkt gegenüber der Tschechoslowakei zu berücksichtigen, wo die kommunistische Partei eine äußerst scharfe Krise durchmacht. Wegen meiner Unkenntnis der tschechischen Sprache habe ich leider nicht die Möglichkeit, das innere Leben der tschechischen Partei zu verfolgen. Aber ich zweifle nicht daran, daß die jetzige, sogenannte rechte Opposition verschiedene Strömungen und Tendenzen in sich schließt, die sich in der nächsten Zeit differenzieren werden. Die Richtung, in der diese Selbstbestimmung vor sich gehen wird, hängt in hohem Maße von der Aktivität des Leninflügels ab.

Eine solche Beurteilung hat nichts gemein mit dem Standpunkt von Souvarine, der überhaupt jedes Vorhandensein prinzipieller Tendenzen, d. h. Klassentendenzen, innerhalb des Kommunismus leugnet. Nein, das Vorhandensein von rechten, zentrifugischen und linken Tendenzen ist eine unbestreitbare Tatsache, die durch große Ereignisse im welthistorischen Maßstab bewiesen ist.

Diese Tendenzen und ihren unversöhnlichen Kampf zu ignorieren, bedeutet einen leblosen Schematismus und in derselben Zeit eine Deckung der rechten Tendenzen, die

eine direkte Brücke zur Sozialdemokratie sind, im Kommunismus selbst.

Eine klare marxistische Unterscheidung dieser verschiedenen Tendenzen verpflichtet aber gar nicht dazu, die Tendenzen als endgültig geformte und verknöcherte zu betrachten. Es wird noch genug persönliche Umgruppierungen geben. Die breiten Kreise der zum Kommunismus neigenden Arbeiter haben sich noch gar nicht zu gruppieren begonnen. Entweder sie verbleiben aus Tradition im alten Rahmen, oder verfallen dem Indifferenzismus.

Viele Zeichen weisen darauf hin, daß alle Parteien der Komintern an einen kritischen Punkt gelangt sind. Die gegenwärtigen Fraktionen im Kommunismus haben einen nur vorbereitenden Charakter. Sie sind nur Waffen für tiefere Gruppierungen in den kommunistischen Parteien und in der Arbeiterklasse als Ganzes. Das ist auch der Grund, warum, unter anderem, die sofortige aktive Einmischung der leninistischen Opposition in das innere Leben der tschechoslowakischen kommunistischen Partei von solosfaler Bedeutung ist.

Aber auch die linke Opposition selbst ist lange nicht einmütig. Fast in allen Ländern gibt es zwei oder drei Gruppen, die ihre Solidarität mit der linken Opposition in der R. K. P. bekunden. Diese Tatsache ist eine Reaktion gegen das verbrecherische und irrsinnige Regime, an dem seit dem Herbst 1923 in der Komintern festgehalten wird, und das die Aufgabe hat, die internationale Partei des Proletariats in eine Karikatur eines Jesuitenordens zu verwandeln. Alle Krankheiten, die in die Tiefe hineingezöggt wurden, kommen jetzt an die Oberfläche. Das wird durch die politische Reaktion in der kapitalistischen Welt, aber auch in der U. d. S. S. R. gefördert.

Die Tatsache, daß die linke Opposition in einige Gruppen zerschlagen ist, ist natürlich nicht erfreulich. Aber die Tatsachen müssen so genommen werden, wie sie sind. Wenn man die Gründe für die Versplitterung genau versteht, kann man auch Wege für ihre Überwindung finden.

Weder durch theoretische Predigten der Vereinigung, noch durch bloße organisatorische Kombinationen kann die Opposition in sich eine Einigkeit erreichen. Diese Einigkeit muß theoretisch und politisch vorbereitet werden. Diese Vorbereitung muß ergeben, welche Gruppen oder Elemente in der Tat auf ge-

meinsamen Boden stehen, und welche sich gut leninistischen Opposition nur aus Mißverständnis dazurechnen.

Als wichtigstes Kriterium erscheint die Plattform, d. h. muß als solches erscheinen. Dieses Kriterium wird sich um so sicherer gestalten, je mehr jede Gruppe, unabhängig von ihrer momentanen Macht, wirksame, politische Folgerungen aus dem tagtäglichen Kampfe ziehen wird. Ich meine vor allem die nationale Plattform. Wenn ohne ununterbrochene Einmengung der Opposition in das Leben des Proletariats und des Landes, würde die Opposition unausweichlich eine unfruchtbare Sektion bleiben. In derselben Zeit ist es aber notwendig, eine internationale Plattform der Opposition auszuarbeiten, die eine Brücke zum zukünftigen Programm der Komintern werden soll. Denn es ist ganz augenscheinlich, daß die neu erstandene Komintern ein neues Programm brauchen wird. Nur die Opposition kann es vorbereiten. Damit muß sofort angefangen werden.

Es ist unbestreitbar, daß die Fragen der Politik der R. R. P., der chinesischen Revolution und des anglo-russischen Komitees die drei grundlegenden Kriterien für die inneren Gruppierungen im Kommunismus, also auch in der Opposition sind. Das bedeutet natürlich nicht, daß wir uns mit richtigen Antworten auf diese drei Fragen begnügen. Das Leben bleibt nicht stehen. Man muß mit dem Leben Schritt halten. Aber ohne eine richtige Antwort auf die drei genannten Fragen kann zurzeit zu keiner anderen Frage eine richtige Stellung genommen werden. So wie man auch ohne richtiges Verständnis der Revolution 1905 weder an die Probleme der Epoche der Reaktion, noch an die der Revolution 1917 herantreten konnte. Wer von den Lehren der chinesischen Revolution, des englischen Streiks und des anglo-russischen Komitees nichts wissen will, der ist unweigerlich verloren. Die überaus wichtigen Lehren dieser Ereignisse müssen gerade deswegen beherzigt werden, um in allen Fragen des Lebens und Kampfes des Proletariats eine richtige Stellung einzunehmen.

Die Ausarbeitung der internationalen Plattform wird mittels eines internationalen Organes der Opposition, das ins Leben gerufen wird, vor sich gehen. Momentan ist dies die wichtigste Arbeit, und sie ist unauflösbar. Zuerst soll die Zeitschrift einmal im Monat oder zweimal monatlich erscheinen. Ein solches Organ muß bei einer festen, prinzipientreuen und folgerichtigen Redaktion in der ersten Zeit allen Gruppen, die sich zur linken Opposition bekennen oder danach streben, sich mit ihr zu vereinigen, offen stehen. Die Ausgabe dieses Organes wird nicht die Festigung der alten Scheidewände, sondern die Umgruppierung der Kräfte auf einer breiteren Basis sein. Wenn es noch nicht möglich ist, im nationalen Rahmen die Zersplitterung der linken Opposition zu überwinden, so kann man schon jetzt diese Überwindung auf dem internationalen Boden vorbereiten.

Bei einer klaren und deutlichen Linie der Redaktion muß diese Zeitschrift auch eine freie Tribune haben. Unter anderem muß diese Zeitschrift eine internationale Kontrolle über die Gegensätze der einzelnen nationalen Gruppen der linken Opposition werden. Einer solchen prinzipiellen, aufmerksamen und gewissenhaften Kontrolle wird es möglich sein, die wirklichen Gegensätze von vermeintlichen zu scheiden und die revolutionären Marxisten zu vereinigen, indem man die fremden Elemente ausscheidet.

Wegen der Ziele, die sich die Zeitschrift setzt, müßte sie in den Weltsprachen erscheinen. Das wird aber in der ersten Zeit kaum möglich sein. So müßten die Artikel in der Sprache des Landes gedruckt werden, das sie beherrschen, oder in der Sprache, in der sie geschrieben werden. Die wichtigsten Artikel könnten von einer Inhaltsangabe in anderen Sprachen begleitet werden. Endlich könnten die nationalen Organe der Opposition die wesentlichsten Artikel in der Übersetzung bringen.

Einige Genossen sagen und schreiben, daß die russische Opposition zu wenig für die organisatorische Leitung der internationalen Opposition tut. Ich glaube, daß hinter diesem Vorwurf eine gefährliche Tendenz steht. Wir haben nicht die Absicht, in unserer internationalen Faktion die Sitten und Methoden der Stalinischen Komintern einzuführen. Die revolutionären Radikalen jedes Landes müssen sich aus eigenen

Erfahrungen formen und auf eigenen Füßen stehen. Die russische Opposition verfügt — fast muß man sagen: zum Glück — weder über die Werkzeuge der staatlichen Repression, noch über finanzielle Hilfssquellen des Staates. Es kann sich nur und ausschließlich um prinzipielle Beeinflussung und um Austausch von Erfahrungen handeln. Bei einer richtigen Leitung der internationalen Faktion wird die Opposition in jedem Lande natürlich wachsen. Aber jede nationale Sektion der Opposition muß die Quellen für ihren Einfluß und ihre Kraft unten und nicht oben suchen, mitten unter den Arbeitern, in der Gruppierung um die Jugend, in der unermüdlichen, energischen und wahrlich aufopferungsvollen Arbeit.

April, 1929.

Was beabsichtigen wir in nächster Zeit herauszugeben?

Die Presse hat berichtet, daß Genosse Trotski einen Fonds für die Herausgabe von Lenins Werken und wichtigen Parteidokumenten, deren Veröffentlichung in der Sowjetunion vom Stalin-Apparat verboten ist und als ein konterrevolutionäres Verbrechen bestraft wird, gegründet hat. Wir geben hier eine Aufzählung jener Arbeiten, die in erster Reihe veröffentlicht werden. Diese Aufzählung erhebt keinesfalls Anspruch auf Vollkommenheit. Wir hoffen, sie in der nächsten Zeit zu ergänzen.

1. Protokolle der Märzberatung von 1917 der Bolschewistischen Partei.

Diese Protokolle sind ein historisches Dokument von unermöglichster Bedeutung. Sie schildern die Position Stalins, Molotows, Rykows und anderer gegenwärtiger Führer am Vorabend der Ankunft Lenins in Russland. Die Protokolle enthalten eine unveröffentlichte Rede Lenins, gehalten am Tage der Ankunft in der letzten Beratungssitzung. In dieser Rede stellt sich Lenin der Beratung unverfänglich entgegen und droht mit dem Bruch mit den Leitern, d. h. mit Stalin, Rykow, Kamenski und den anderen. Alle jene Gründe, die Stalin auf der Märzberatung zur Verteidigung opportunistischer Politik entwickelte, wiederholte er fast wörterlich in den Jahren 1923 bis 1927 in Bezug auf die deutsche Revolution, das Anglo-russische Komitee und die chinesische Revolution.

Daraus wird es klar, welch gewaltiges, theoretisches und politisches Interesse dieses Dokument in der Geschichte unserer russischen Partei darstellt.

2. Protokolle der Sitzung des Petrograder Komitees vom 1. November 1917.

Diese Sitzung war der Frage der Koalition mit den Menschewiken und S. R. (Sozialrevolutionären) gewidmet. In der Sitzung sind Lenin und Trotski aufgetreten. Die Protokolle enthalten das Stenogramm einer programmatischen Rede Lenins und zweier prinzipieller Reden Trotskis. Eben in dieser seiner Rede spricht Lenin von Trotski als dem „besten Bolschewiken“. Dieses Protokoll war gelesen, wurde aber nachher, auf Verfügung Stalins, aus der Protokollsammlung des Petrograder Komitees vom Jahre 1917 entfernt. Wir verfügen über Korrekturabzüge mit Notizen der Leiter des Istitut (Institut für Parteigeschichte d. R. R. P.) und hoffen einen photographischen Abdruck dieses bemerkenswerten Dokumentes herzustellen, welches vor der Internationale höchstwillig verheimlicht wurde.

3. Protokolle der Beratung der Militärdelegierten zum achten Parteitag der R. R. P.

Diese Beratung war gewidmet der Behandlung der Grundfragen der Militärpolitik und des Aufbaus der Roten Armee. Die Gegner der Linie Trotskis unterwarfen, unter verhüllter Führung Stalins, die militärische Führung einer scharfen Kritik. Trotski war an der Front. Lenin ist mit einer entschlossenen Verteidigung der Militärpolitik Trotskis aufgetreten. All dies erklärt zur Genüge, weshalb die Protokolle dieser historischen Sitzung sowohl vor der Internationale als auch vor der R. R. P. verheimlicht werden.

4. Briefwechsel Lenins mit Trotski

und anderen Militärarbeitern während und nach dem Bürgerkrieg in den Fragen der Wirtschaft usw. Während zufällige und mitunter jeder politischen Bedeutung bare Bittel und Entwürfe Lenins veröffentlicht werden, sind

seine Briefe aus der Epoche des Bürgerkrieges sorgfältig von der Partei verheimlicht worden, da man nach diesen Briefen fehlerlos die Bedeutung und die politische Rolle vieler gegenwärtiger Führer feststellen kann. Die Zahl solcher Briefe ist unübersehbar. Wir hoffen in der nächsten Zeit mehrere hunderte Briefe, Bittel und Telegramme Lenins mit notwendigen Kommentaren veröffentlichen zu können.

5. Lenins Briefe über die nationale Frage, gerichtet gegen die nationale Politik Stalins.

6. Lenins Briefe zu den Fragen des Außenhandelsmonopols, Staatsplanes usw.

Alle diese Briefe sind entweder gegen die Politik Stalins gerichtet, oder aber sie untergraben die Wurzel der von ihm gebildeten Legenden über den Trotzkismus.

7. Die Reden und Ansätze aus den Reden der Delegierten am 15. Kongress

die aus den Protokollen durch die Stalin-Besur nur deshalb ausgeschlossen sind, weil diese Reden der Mehrheitsanhänger eine volle und für Stalin schlagende Bestätigung geben, für die Richtigkeit der Standpunkte der Opposition in den ethnischen und anderen Fragen.

8. Stalins Ansätze und Reden aus der Zeit 1917—1923, von Stalin seit dem Jahre 1923 verboten. Das sind die Dokumente, die wir in erster Linie herauszugeben beabsichtigen. Sie werden mehrere hundert Seiten umfassen. Und dabei ist dies nur der Anfang. Wir hoffen, von unseren Freunden aus der Sowjetunion ergänzendes Material zu bekommen, worüber wir zur richtigen Zeit noch berichten werden. Die Dokumente werden wir in russischer und in den Weltsprachen veröffentlichen.

Klassenkräfte und Klassenkämpfe in der russischen Revolution.

Die Ereignisse, die sich im zweiten Jahrzehnt der proletarischen Diktatur in Sowjetrußland abspielen, sind von so großer Bedeutung für die weitere Entwicklung der russischen und daher auch der internationalen Revolution, daß es Pflicht jedes proletarischen Revolutionärs ist, sich darüber Klarheit zu verschaffen, was in Rußland vor sich geht, wo die Ursachen der immer neu auftauchenden Schwierigkeiten liegen. Die nachfolgenden Zeilen sollen — insofern es im Rahmen eines Artikels möglich ist — den Versuch darstellen, über diese Fragen Klarheit zu verschaffen.

Das Bündnis des Proletariats mit der Bauernschaft.

Es gehört zu den Binsenwahrheiten, daß Rußland ein rückständiges, überwiegend agrarisches Land sei. Dadurch wird aber diese Wahrheit und ihre Tragweite nicht vermindert.

Eben diese Tatsache führte zur Notwendigkeit der praktischen und theoretischen Ausprägung des Bündnisses zwischen revolutionärem Proletariat und breiten Schichten der verkrüppelten Bauernschaft. Die Verbindung der proletarischen Revolution mit der agrarisch-demokratischen Revolution der Bauernschaft verlieh der russischen Revolution eine außerordentliche Stosskraft.

Allein dieses Bündnis vermag nicht den objektiven Gegensatz zwischen Proletariat und Bauernschaft aufzuheben.

Solange die Aufgabe der Revolution darin lag, die Expropriation der Expropriateure durchzuführen, den unmittelbar militärischen Ansturm der Konterrevolution abzunehmen, bewährte sich das politisch-militärische Bündnis glänzend. Es war in ihrer überwiegenden Mehrheit eine aus Bauernsöhnen zusammengesetzte Rote Armee, die alle Konterrevolutionäre Generale schlug, die bis zu den Toren Warschau die Parolen der sozialistischen Revolution auf ihren Bajonetten trug. Es war die breiteste Schicht der Bauern, die die Rote Armee, die städtische Bevölkerung mit Lebensmitteln faktisch fast ohne Entgelt versorgte. Als aber die Revolution diese erste Aufgabe löste, die unmittelbare Gefahr der Restauration beseitigte, da kündigte die Bauernschaft in der Sprache der Russland das Bündnis der vorhergehenden Periode mit dem Proletariat. Das ökonomische Wesen des kleinen Warenproduzenten rebellierte gegen das bürokratisch-zentralistische System des Kriegskommunismus. Es begann die Periode des „Nep“.

Die „Nep“ bedeutete nicht — wie es manche Ge nossen glauben — einen objektiven Rückzug, wohl aber eine strategische Umstellung der Kräfte und — was das wichtigste ist — eine Konzession an die Bauernschaft, eine Anpassung an das ökonomische

Wesen des Warenproduzenten. Es war auch nicht die Wiederherstellung des Kapitalismus, sondern nur die Anerkennung der Zirkulation — und Distributionsverhältnisse, die der einfachen Warenproduktion eigen sind, d. h. aber Schaffung eines Bodens, auf dem der Kapitalismus elementar empowachsen kann, ja muß. Die Aufgabe der sozialistischen Revolution bestand darin, sich auf die politische Macht, die ökonomischen Kommandohöhen, stützend, mit den Methoden des Werksgesetzes, die sozialistische Basis zu festigen, die Warenproduktion (d. h. die Landwirtschaft) in der Richtung zum Sozialismus zu transformieren. Dies erforderte in der russischen Wirtschaft die Industrialisierung des Landes. Erst die Industrialisierung ist imstande, eine feste sozial-ökonomische Basis der Diktatur des Proletariats zu verleihen, indem sie die Kräfte des Proletariats vergrößert, indem sie die Mittel zur technischen Umgestaltung des Produktionsprozesses in der Landwirtschaft — und dies ist der einzige Weg der Überwindung des kleinen Warenproduzenten — liefert.

Die Industrialisierung an sich bietet nichts Neues, alle fortgeschrittenen Länder haben sie durchgemacht. Es war ein schwieriger, blutiger Weg der Auflösung von Widersprüchen, der Pauperisierung und Proletarisierung der Bauernschaft und der kleinen Handwerker, der Akkumulation eines größeren Reichtums an einem Pol — immer größeren Armut und Elends am anderen —, kurz, ein Prozeß der Entfaltung des modernen Kapitalismus — Imperialismus. Über die russische Industrialisierung sollte keine kapitalistische, den Menschen verschlafende, sondern eine den Menschen besitzende, sozialistische Industrialisierung sein.

In der Tat: dem Ziele, folglich der Entwicklungsrichtung nach, ist die sozialistische Industrialisierung diametral entgegengesetzt der kapitalistischen. Aber insofern sie sich in einer Klasse gesellschaft vollzieht — und Rußland ist heute noch eine Klasse gesellschaft —, muß sie sich ebenjene die kapitalistische in Formen des Klassenkampfes vollziehen. Die sozialistische Industrialisierung ist ein Prozeß des Klassenkampfes.

Die Industrialisierung erfordert Mittel! Wo sind diese, unter den Verhältnissen der Nep, des Ausbleibens der Weltrevolution, zu beschaffen? Das Proletariat liefert dem proletarischen Staat das Mehrprodukt (im Kapitalismus — Mehrwert). Das Proletariat ist also die Quelle der inneren Akkumulation der vorhandenen staatlichen Industrie. Jedoch genügt die innere Akkumulation nicht, um die Industrialisierung zu entfalten, auch bei maximaler Nationalisierung der Produktion, der größten Sparsamkeit usw. Abgesehen vom schwachen Privatkapital bleibt nur noch eine einzige Quelle — die Bauernschaft, und zwar jene Schicht, die ökonomisch selbst zu

akumulierten imstande ist, d. h. die oberste Schicht der Kulaken und vermögenden Bauern.

So muß die Industrialisierung zum Kampf gegen die Spalten des Dorfes, um die für das Proletariat günstigste Verteilung des Nationalerfolges gemeinsam führen. Die allgemeine Formel des Bündnisses der Arbeiter und Bauern muß konkretisiert und differenziert werden: Bündnis mit der Dorfarmut, Verständigung mit dem Mittelbauer, Kampf gegen den Großbauer (Lenin). Und der Kampf gegen den letzteren muß um so schärfer vor sich gehen, je mehr Mittel für die Industrialisierung erforderlich sind, d. h. je rascher das Tempo der Industrialisierung ist. Allein, dieses Tempo kann nicht willkürlich bestimmt werden. Es ist bedingt nicht nur durch die Notwendigkeit, die Lage der Arbeiterklasse zu heben, die Arbeitslosigkeit aufzusaugen und das Einkommen des Privatkapitalismus auf der Grundlage der Nep und der Differenzierung des Dorfes einzudämmen, sondern auch die Bedürfnisse der ganzen Gesellschaft (darunter auch der Kulaken) zu befriedigen. Aus verschiedenen Gründen sind alle Schichten der russischen Gesellschaft an der Entwicklung der Industrie interessiert. Aber — in verschiedenen Zweigen, im verschiedenen Tempo und aus Klassenmäßig verschieden Mitteln.

Im Russland der Nep, im Russland der Bauern halte jedoch die Vorstellung von der sozialistischen Industrialisierung, oder allgemeiner, von der sozialistischen Wirtschaft und Wirtschaftspolitik zur Ausprägung einer, einen Klassencharakter der proletarischen Diktatur verwandten, alle Illusionen des kleinbürgerlichen Sozialismus erweckenden „Philosophie“ geführt.

Aus der richtigen Marx-Leninischen Theorie vom „Bündnis der Arbeiter und Bauern“ begann sich eine Auffrischung des russischen „Vollstümteriums“ zu entfalten. Zuerst langsam und dann schüchtern, indem man die Bedeutung und die Rolle des Plans in der Sowjetwirtschaft unterschätzt (1923), dann immer offener, indem man dem proletarischen Staat die Parole „Das Gesicht dem Dorfe zu“ gibt (Sinowjew 1925), bis man schließlich die Theorie vom vollendeten Sozialismus in einem einzelnen Lande und die Hypothese von der klassen- und staatslosen Gesellschaft, die eine Rote Armee erhält, zwecks Verteidigung vor den kapitalistischen Nachbarländern (Stalin, XV. Konferenz der WKP. 1926) aufstellte.

Amt klarsten kam diese „Philosophie“ bei dem offiziellen Theoretiker des russischen Kommunismus, Bucharin, zum Ausdruck. In einem prinzipiellen Artikel gegen Preobrazjensky vom Jahre 1925 dozierte er:

„Die Lehre vom Arbeiter- und Bauernblock ist der wesentliche originelle Zug des Leninismus“ . . . „Bei Lenin muß die Bauernschaft während der ganzen Dauer der Übergangsperiode der unvermeidlichen Verbündete des Proletariats sein . . . Bei Lenin folgt daran, ist damit verbunden, eine eigentümliche Theorie eines „agrar-kooperativen“ Sozialismus“. Und schließlich „. . . zur sozialistischen Produktion auf dem Lande werden wir kommen . . . durch den Prozeß der Zirkulation und nicht unmittelbar durch den Produktionsprozeß, wir werden dazu kommen durch die Genossenschaft“ (alles von uns hervorgehoben P. P.).

Diese ganze Theorie des „agrar-kooperativen Sozialismus“, die am besten erklärt, warum gerade Bucharin zum Vertreter des rechten Flügels sich entwickelte, die aber noch bis auf den heutigen Tag als offizielle Theorie gilt, hat nichts gemeinsames mit dem wahren Leninismus-Marxismus.

Unter dem Schutz dieser Theorie, unter dem Lärm des schmutzigen Kampfes gegen den „Trotzkismus“ ging in Russland ein elementarer Prozeß der Differenzierung des Dorfes vor sich, der Herausbildung einer zahlmäßig

relativ geringen (7 bis 8 Prozent der Wirtschaft), aber ökonomisch mächtigen Schicht der Kulaki, die das akkumulierte, was der proletarische Staat zu enteignen versäumte. Es bildete sich ein unwürdiger Kapitalismus im Dorfe heraus — gierig, skrupellos, schriegsam, anpassungs- und daher maskierungsfähig. Ein Kapitalismus, dessen immanenten Gesetze, dessen ökonomische Triebkraft und Struktur im schärfsten Gegensatz zum System der Dekonomie der proletarischen Diktatur mit dem Plan, mit der Industrialisierung, mit dem Außenhandelsmonopol geraten mußte. Ein Kapitalismus, der die Mängel der Industrialisierung, das fahrlässig zu langsam eingeschlagene Tempo der Industrialisierung und die dadurch entstandene Disproportion in der Wirtschaft (Warenhunger, Preisschwere) dazu so ausnützte, um die politische Führung über eine Schicht des Mittelbauernunters, der Bauernarmut, der Arbeitslosen auf dem flachen Lande, der rückständigen Schichten der Arbeiter zu übernehmen. Zum Kampf gegen die Dekonomie der proletarischen Diktatur, für eine freie Bahn der kapitalistischen Entwicklung, für den Anschluß an den ausländischen Kapitalismus. So formierte sich unter den Verhältnissen der Nep, der ausgeblichenen Weltrevolution, eine sozialökonomische Grundlage des Thermidor, der Konterrevolution. Die Getreidehöfleigkeiten, die Aktenatmosphäre gegen die Vertreter der Sowjetmacht, die Bildung eines rechten Flügels in der WKP. sind die unzweidüngsten Lebenszeichen dieser konterrevolutionären Schicht, die um so gefährlicher für die Entwicklung der proletarischen Revolution ist, als sie einen mächtigen Verbündeten in den entarteten Gliedern des Staats-, Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsapparates erhält. Damit gelangen wir aber zum

Problem der proletarischen Demokratie.

Das revolutionäre Proletariat Russlands hat die alte Staatsmaschinerie zerschlagen, den proletarischen Staat errichtet. Dies war aber nur die erste Etappe. Nun sollte die zweite folgen. Die Etappe des Ausbaus der proletarischen Demokratie, so wie sie die Pariser Kommune von 1871 andeutete, wie sie Lenin im „Staat und Revolution“ schilderte und im berühmten Satz von „jeder Föchin, die zur Leitung des Staates herangezogen werden soll“, formulierte.

Dieser schlichte Leninsche Satz bedeutete den Prozeß der Aufhebung des Staates, auf dem Wege der Selbstverwaltung der Klasse. Das setzt aber die Beseitigung des Herrschaftsapparates, als einer selbständigen, mit Monopolfunktionen des Herrschens, Kommandierens, Organisierens usw. ausgerüsteten sozialen Schicht — der Bureaucratie im weitesten Sinne des Wortes — voraus.

Die Wählbarkeit der „Staatsbeamten“, ihre periodische Ab- und Ersetzbarkeit, ihre Wiederkehr zur normalen Be-tätigung im Produktionsprozeß, ihre materielle Gleichstellung der in den Betrieben Beschäftigten — das war jene Vorstellung vom proletarischen „Staat“, die seit dem „Bürgerkrieg in Frankreich“ allen Marxisten eigen war und die Lenin im oben erwähnten Satz so treffend charakterisierte.

Im rückständigen, kulturseligen Russland mußte die Verwirklichung dieser proletarischen Demokratie auf ganz besondere Schwierigkeiten stoßen. Das russische Proletariat ist zahlenmäßig relativ gering. Wohl brachte es die Kraft aus, aus seinen besten Söhnen den Staatsapparat auszubauen, den Bürgerkrieg zu organisieren und siegreich zu beenden. Aber da waren seine Kräfte für eine Zeitlang erschöpft. Die Bureaucratie zu ersezten, auszutauschen, d. h. die proletarische Demokratie voll auszubauen — war es nicht imstande.

(Fortsetzung Seite 7.)

Hinter den Kulissen des Stalinschen Regimes.

Brief aus Moskau.

Um d. Red. Die Auseinandersetzung zwischen den Rechten (Stalin, Molotow usw.) und den Rechten sind im vollem Gange. Über den Inhalt dieses Kampfes ist aus der offiziellen Komintern-Presse nichts Konkretes zu entnehmen. Um so tieferen Einblick über die Fragen und Methoden des Kampfes gibt das bedeutende Dokument, das wir nachstehend auszugsweise veröffentlichen. Das Dokument, behandelt ein Gespräch Bucharin-Kamenew, das der letztere wörtlich aufzeichnete.

Dezember, anfangs Jänner 1928 kam Kamenew bei Batakov einige Male mit Bucharin zusammen, der folgendes über die Vorbereitungen zum VI. Plenum erzählte:

Die Verteilung unserer Kräfte vor dem Plenum war verdeckt eingeteilt, daß ich, während ich in Kiew (im Kaukasus) die für gebrauchte Artikel für die „Pravda“ schrieb, Rykov die Wirtschaftsfragen genau verfolgte und Uglanow, der kriegerisch gestimmt war, die Order hatte, sich ganz ruhig zu verhalten, um Stalin keinen Unfall zu geben, in die Angelegenheiten der Moskauer Organisation sich hineinzumischen. Uglanow aber hielt nicht an sich, trat auf dem IX. Plenum des R. K. (Moskauer Komitee) auf, wurde wieder geschlagen, erzählte dabei ziemlich wahr über seine vermeintlichen Fehler usw. Ich erfuhr, daß Rykov seine Arbeit über die Kontrollzahlen für das XI. Plenum zum Abschluß brachte. Ich befürchtete, daß Stalin im Politbüro Rykov um den Finger wickeln werde und die ohnedies vielleicht nicht sehr gelungenen Thesen noch verschlechtern würde. Da ich zur Sitzung des P. B. per Eisenbahn nicht mehr eingetroffen wäre, benützte ich das Flugzeug. In Rostow, wo wir niedergingen, empfing mich die dortige Behörde mit merkwürdigen Reden über die Schädlichkeit des Fliegens für mich usw. Hol sie der Teufel, dachte ich. Wir flogen weiter. In Artemowsk war wieder eine Notlandung. Kaum trat ich aus der Kabine, überreichte man mir ein versiegeltes Palet, das sich als disziplinierte kategorische Order des P. B. erwies, meine Flugreise zu unterbrechen, mit Absicht auf mein Herzleiden. Ich hatte kaum Zeit zu mir zu kommen, als ich bemerkte, daß die Flieger von den G. B. U.-Agenten bereits weggeführt waren und vor mir stand eine Arbeitserdelegation, die mich um einen Vortrag bat. Auf meine Frage, wann der Zug nach Moskau abgeht, kam die Antwort: Nach 24 Stunden. Und so war ich genötigt, der Vortrag zu halten."

Kamenew: „Ah, also du bist es, der die Resolution über den Kampf gegen die Rechtschwankung verfaßt hatte?“

Bucharin: „Natürlich war ich es. Ich mußte wohl an die Partei die Erklärung abgeben, daß ich kein Rechter bin. Wir hatten resumiert: Moskau hatten wir ordentlich hergenommen, wir beschlossen, die Offensive zu beschleunigen; als Forderungen wurden aufgestellt zwecks Entfernung mehrerer Stalindeute. Als man Stalin diese Forderungen vorwies, erklärte er: „Kein einziger Punkt, den man nicht erfüllen könnte.“ Es wurde eine Kommission eingesetzt (Rykov, Bucharin, Stalin, Molotow, Ordjonikidze). Es verging ein Tag, zwei, drei — die Kommission wird von Stalin noch immer nicht einberufen. Das Plenum des R. K. beginnt. Nach der Beratung des ersten auf der Tagesordnung stehenden Berichtes stellten wir unsere Forderung, die Kommission einzuberufen, und zwar in ultimativer Form. In dieser Kommission schrie Stalin: „Er werde es nicht zulassen, daß ein Mensch die Arbeit des ganzen Plenums hören soll, „was ist das für ein Ultimatum, warum sollte Kulinin entfernt werden?“ usw. Ich fuhr auf, sagte ihm ziemlich schroff meine Meinung und lief aus dem Zimmer. Draußen traf ich Tschitscha, dem ich den schon vorher vorbereiteten Bittel einhändigte, über meinen und Tomsks Rücktritt. Hinter ihm ging Stalin. Tschitscha überreichte unsre Rücktrittserklärung. Stalin las sie durch und lehrte in die Sitzung zurück. Rykov erzählte nachher, daß seine Hände zitterten, er war blaß und äußerte den Wunsch, Konzessionen zu machen. Er verlangte das Zurückziehen unserer Rücktrittserklärung. Sie haben sich dort darauf geeinigt, daß Rostow, Kulinin und noch einer ausgeflossen werden — ich aber lehrte nicht mehr zum Plenum zurück.“

Nach diesem oben beschriebenen Vorgang zeigte Bucharin Kamenew eine von ihm verfaßte 16 Seiten lange Abhandlung, über die wirtschaftliche Lage.

„Das wird ja eine Plattform?“ sagte Kamenew. „Vielleicht, hast denn du nicht schon Plattformen verfaßt?“ Hier menigte sich ins Gespräch Batakov, der erklärte: „Mein wohlgemeinter Rat ist, gegen Stalin nicht aufzutreten, denn hinter ihm steht die Mehrheit (die Mehrheit der Beamten Typus Batakov, oder noch ärgeres). Die Erfahrung lehrt uns, daß ähnliches Auftreten in der Regel schlecht endet.“ (Ein Argument, bemerkenswert durch seinen Optimismus.) Bucharin antwortete darauf: „Das ist gewiß richtig, was soll man aber tun?“ (Armer Bucharin!) Nachdem Bucharin wegging, fragte Kamenew Batakov: „Weshalb gibt er ähnliche Ratschläge, die nur die Entwicklung des Kampfes hindern? Batakov sagte, daß er im Ernst der Ansicht sei, daß man gegen Stalin nicht auftreten darf. „Stalin ist der einzige Mensch, dem man noch gehorchen kann.“ (Das sind wahrhaftig Berlin. Die Frage ist also nicht, welcher Weg der richtige sei, sondern, wem man gehorchen soll, um schlechte Folgen zu verhindern.) Bucharin und Rykov seien im Irrtum, wenn sie voraussehen, daß sie es sind, die anstatt Stalin regieren werden. Regieren werden die Raganowitsch und den Raganowitsch gehorchen will ich nicht und werde es nicht! (Falsch, er wird auch dem Raganowitsch gehorchen.) „Was hast du also nun vor?“ — „Man übertrug mir die Staatsbank und ich werde also dafür sorgen, daß in der Bank stets Geld vorhanden sei.“ — „Nun, und ich will nicht dafür sorgen, daß in die T. W. B. (Technisch-wirtschaftliche Vereinigung) Gelehrte eintreten, — das ist keine Politik“, sagte Kamenew. Hier schieden sie voneinander. Ende Dezember 1928 formulierte Sinowjew und Kamenew die Lage also: Wir müssen das Steuer ergreifen. Das kann man nur erreichen, wenn man Stalin unterstützt. Also nicht stehen bleiben, auch wenn man ihm den vollen Preis zahlen müßte. (Die Armen, wieviel hatten sie bereits gezahlt, doch bis zum Steuer ist es noch weit.) Einem von ihnen, vermutlich Kamenew, ging zu Ordjonikidze. Man sprach viel davon, daß im gegebenen Moment die Politik des R. K. die richtige sei. Ordjonikidze befürchtete. Als Kamenew äußerte, daß ihr Verbleiben im Zentrosojus ihm unverständlich sei, gab Ordjon. zur Antwort: „Es ist noch nicht an der Zeit, man muß den Weg erst ebnen. Die Rechten werden dagegen sein.“ (Nach der Resolution jedoch sind die Rechten der Hauptfeind.) Kamenew sprach noch darüber, daß es gar nicht nötig sei für ihn, eine hohe Stelle zu bekleiden, und daß es am besten wäre, ihm das Lenin-Institut zu unterstellen (das ist ja der Hauptfeind Stalins Verhöhnung), daß es ihnen gestattet sein soll in der Presse aufzutreten usw. Ordjonikidze befürchtete immer und versprach die diesbezügliche Frage in der Sitzung des P. B. vorzubringen. Nach Verlauf von drei Tagen ging Kamenew zu Worochnow, hielt ihm zwei Stunden lang unentnähte Reden, lobte die Politik des R. K., worauf Worochnow kein Wort erwiderte (wofür wir ihn loben). Nach weiteren zwei Tagen kam Kalinin zu Sinowjew und blieb 20 Minuten bei ihm. Er teilte mit, daß Tschitschi deportiert werde. Als Sinowjew nach Details fragt, gab Kalinin zur Antwort, daß die Sache noch nicht entschieden sei, so daß es sich nicht lohnt darüber zu sprechen. Auf die Frage Sinowjews, was in Deutschland vorgeht, sagte Kalinin, er wisse es nicht. „Wir haben mit unseren eigenen Sachen bis über den Kopf zu tun.“ Weiter, und es klang wie eine Antwort auf den Besuch Kamenews bei Worochnow, sagte Kalinin wörtlich folgendes: „Er (Stalin) schwatzte von linken Angelegenheiten, doch sehr bald wird er gezwungen sein, meine Politik durchzuführen, und zwar in dreifachem Maße, — doch halb unterstütze ich ihn.“ (Das ist richtig. In seinem ganzen Leben sagte Kalinin nichts, was richtiger und treffender gewesen wäre, und wird es nicht sagen.)

Als die Sinowjew-Anhänger von der Ausweisung Tschitschis erfuhrn, versammelten sie sich. Valajew bestand darauf, daß man unbedingt dagegen protestieren müsse. Sinowjew sagte, protestieren hätte keinen Zweck, da es keinen „Herrn“ gibt. (An wen also will Sinowjew den vollen Preis auszahlen, wenn es so steht?) Darauf einigte man sich. Tags darauf ging Sinowjew zu der Krupskaja und teilte ihr mit, daß er von Kalinin schon die bevorstehende Ausweisung Tschitschis erfuhr. Krupskaja sagte, sie hätte davon ebenfalls gehört. „Was wollen Sie denn mit ihm machen?“ fragt Sinowjew. „Erstens, nicht wir, sondern Sie, und zweitens, wenn wir auch protestieren wollten,

wer wird auf uns hören?" Sinowjew erzählte ihr von der Unterredung Kamenew-Orbjonidze, da sagte Stupitsaja von Kamenew, er lamentiere und weine jedem vor, doch trauen könne man ihm nicht.

Sinowjew schrieb zwei Seiten lange Thesen (da Ordjon. nicht hilft, nimmt man Zuflucht zu Thesen): „Im Lande mächt der Kulak, der Kulak gibt dem Arbeitstaat kein Getreide, der Kulak schlägt und tötet die Selsoren (Dorfcorrespondenten), die Jobadzhi (die Leiter der Dorfclubs), usw. Die Gruppe Bucharin und seine ganze Richtung fördert den Kulak, daher wird Bucharin nicht unterstützt. Die Politik der Mehrheit des Z. K. (Gruppe Stalin) unterstützen wir nur soweit, als Stalin gegen den Kapitalisten, den Kulak und den Bureaucraten kämpft. (Heißt das, daß Sinowjew nicht mehr den vollen Preis bezahlen will?) Kamenew sagte: „Mit Stalin wird man nicht fertig, der Teufel soll sie alle holen. In acht Monaten gebe ich ein Buch über Lenin heraus und da wird man ja sehen.“ Und es Sinowjew, der sagt: „Wir müssen dazusehen, daß man uns nicht vergibt. Man muß in den Versammlungen auftreten, in der Presse usw. In alle Türen muß man pochen, um die Partei nach links zu zwingen.“ (In der Wirklichkeit hat niemand der Linkspolitik soviel geschadet, wie eben Sinowjew und Kamenew.) Und Sinowjew wird wirklich gedruckt. Doch haben die Redakteure der „Pravda“ den Stat Worošilow sich ganz zu eigen gemacht. Sie weigerten sich einen seiner Artikel zu bringen, aus dem Grunde, daß darin die Panik vor dem Kulak zum Ausdruck ge-

bracht wird. In der letzten Zeit trat Sinowjew in einer Parteiversammlung auf, im Zentrosojus, im Institut Plechanow u. a. m. aus Anlaß des zehnjährigen Bestandes der Komintern. Nachdem wir das berühmte Dokument — Unterredung Kamenew mit Bucharin — veröffentlichten, wurde Kamenew zu Orbjonidze gerufen, wo er schriftlich mit einigem Vorbehalt (hm! hm!) die Richtigkeit seiner Notizen bestätigte. Zu Ordjon. wurde auch Bucharin gerufen, der seinerseits die Richtigkeit der Notizen bestätigte. Um 30. Jänner 1929 und am 9. Februar kam die vereinigte Sitzung des Polbureaus und des Präsidiums des Z. K. K. zustande. Die Rechten erklärten „das Flugblatt“ als ein Intrige der „Trotzkiisten“.

In der vereinigten Sitzung des Polbureau und des Präsidiums des Z. K. K. wurde von Rykov eine 30 Seiten lange Declaration vorgebracht, in der die wirtschaftliche Lage und das innerparteiliche Regime einer Kritik unterworfen wird. In der Parteikonferenz des Moskauer Gouvernement wurden Rykov, Tomski und Bucharin ganz offen als Rechte bezeichnet. Doch in die Presse kamen alle diese Vorgänge nur teilweise. Das Plenum des Z. K. ist auf den 16. April verschoben worden. Die Konferenz auf den 23. April.

Eine Verjährnung Stalin mit der Gruppe Bucharin ist nicht erzielt worden, obwohl diesbezüglich Gerüchte hartnäckig von jemanden verbreitet werden, augenscheinlich zu dem Zweck, damit die Zellen auf den linken Flügel loszuschlagen.

G. G.
Moskau, 20. März 1929.

Terrormaßnahmen gegen die Opposition. Hilferuf aus Sowjetrußland.

Moskauer Brief.

Es ist notwendig, eine systematische, keinen Augenblick ruhende

Kampagne für die Besserung der Lage der verbannten und verhafteten Bolschewiken-Leninisten zu führen.

Augenblicklich ist die Zahl der letzteren auf über zweitausend angewachsen.

In den Gefängnissen werden sie unter jeder Kritik gehalten: ohne Licht (die Schutzvorrichtungen an den Fenstern lassen fast kein Licht herein), feuchte Kammern, welche bis an die äußerste Grenze von den Verhafteten überfüllt werden, schlechtes Essen, ausschließlich grobe Behandlung. Noch schlechter ist es im Tobolsten Buchthaus (Polit-Isolator). Das Buchthaus ist dasselbe geblieben wie bei Dostojewski („Mertwiy Dom“, Das tote Haus). Es führen hier nur Bolschewiken-Leninisten, Menschewiken und Sozialrevolutionäre sind entlassen. Militärbeaufsichtigung ist eingeführt. Die Zellen sind verschlossen, Besuch gibt es nicht.

Die Menschewiken hatten gemeinsamen Tisch, gemeinsame Küche, sie konnten sich frei treffen usw. Das haben unsere Ge nossen nicht.

Es ist ungweifelhaft, daß die Regierung den Kurs auf die physische Vernichtung der Bolschewiken-Leninisten hält.

Das gegenseitige Verhältnis hat sich zugespielt. Jeden Augenblick kann man nicht nur Zusammensetze, Hungersstreiks (welche nicht aufhören), sondern... auch Schüsse erwarten. Fünfzehn Männer des Buchthauspersonals in Tobolst haben sich geweigert, Repressalien gegen die Bolschewiken anzuwenden. Sie wurden durch eine speziell aus Moskau verschriebene Wache abgelöst.

Die Not in den Familien der Verhafteten ist groß, über groß. Die Familien der Verhafteten und Verbannten, die in Freiheit geblieben sind, leiden bitterste Not und hungern buchstäblich. Wir haben keine

eigene „Rote Hilfe“. Auf Grund dieser Not sind unter den minder Standhaften äußere Abgänge möglich.

Man muß im Ausland Geld sammeln.

Man muß die Erlaubnis erzwingen, eine eigene „Rote Hilfe“ zu haben. Man muß dies, wie auch die Schandtaten, laut in die Welt hineinschreien. Man muß sie an den Schandpfahl nageln, die jetzigen Vertreter der Sowjetmacht und der Parteileitung, die die Verantwortung für diese Untaten tragen. Korrespondenzen aus Tomsk und Sverdlowsk melden, daß ganze Mengen ins Buchthaus Narym gejagt werden, wohin im verstärkten Maße die Oppositio nellen aus verschiedenen Verbannungsorten geschickt werden. Unter den Verbannten und Verhafteten — befinden sich Helden der Oktoberrevolution und des Bürgerkrieges mit Orden des Roten Banners (Dreizer (ist bereits im Hungerstreik gestorben. Ann. b. Ned.), Gajewski, Kawtaradze, Jenufidze und viele andere). Unter den im Buchthaus befindlichen — ist Budu Mdiwan, ein alter Bolschewik, der unter allen Regimen im Gefängnis gesessen hat, ehemaliger Vorsitzender des Sownarkom (Sowjet der Volkskommissäre) in Georgien und Handelsvertreter in Paris, 53 Jahre alt.

G. G.
Moskau, 20. März 1929.

Helfet den eingekerkerten und verbannten Bolschewiki-Leninisten Sammelt für die „Trotzki-Hilfe“:

Sammelergebnisse in Österreich sind zu richten an: C. Mayer, 16. Bez., Nppenplatz 5. In der Tschechoslowakei: Hans Müller, Eger, Schloßgasse 14/I.

Und so mußte sie zwangsläufig im Laufe der zwölf Jahre Revolution eine neue, aus dem Proletariat (aber nicht nur aus ihm) hervorgehende Schicht herausbilden, deren einzige und monopole soziale Funktion eben das Beherrschende, Kommandierende, Organisierende wurde. Der alte historische Gegensatz zwischen Organisierten und Vollziehenden, Befehlenden und Gehorchen blieb auch auf der Basis der proletarischen Diktatur innerhalb der proletarischen Klassen beibehalten.

In der ersten Periode des Kampfes, der raschen Handlung, der ständigen Gefahr, konnte dieser Gegensatz nur sehr schwach zur Geltung kommen.

Ja, der Apparat — dies waren die Besten, Tapfersten, Begabtesten, der Sache der Revolution Ergebendsten. Unders mußte es werden mit dem Eintritt der Periode des „friedlichen“ Ausbaues. Da rückten alle individuellen Vorteile allmählich in den Hintergrund. In den Vordergrund traten die sozialen Eigenschaften einer neuen Schicht. Gestützt oftmals auf ihre revolutionäre Vergangenheit, gewöhnt an die seit jeher ausgeübte Funktion des Befehlens und Organisierens, eingefügt in eine starre Hierarchie des proletarischen, zentralistischen Staatsgebäudes, gestellt in relativ günstige materielle Verhältnisse, das heißt in ein vom Proletariat verschiedenes gesellschaftliches Sein, mußten sie auch ein eigentümliches, vom proletarischen verschiedenes Bewußtsein (Klassenbewußtsein) herauskristallisieren. Die Verbundenheit mit dem Proletariat, die Abstammung wurde zu einer geschichtlichen, längst überwundenen Tatsache. So entstand eine neue neue soziale Schicht (Kaste, Klasse) des Apparates. Wie jede regierende Schicht ist sie an die existierenden, gesellschaftlichen Verhältnisse gebunden, unterliegt dem Gesetz der Tätigkeit, ist konservativ.

Indem sie sich vom Proletariat löst, ein eigenes Klassenbewußtsein herauszukristallisieren beginnt, kann es unter den Verhältnissen der Nep nur ein bürgerliches Bewußtsein sein. Indem sie die Verwaltungsarbeit leistet mit allen Schichten der Bevölkerung in Berührung kommt, mit den bürgerlichen Fachleuten und Intellektuellen arbeitet, unterliegt sie am meisten und am leichtesten dem ideologischen Einfluß der antiproletarischen, das heißt thermidorianischen Elemente, assimiliert ihre Ideologie im eigenen Klassenbewußtsein. Solange die Positionen des Proletariats fest und unerschütterlich sind, dient sie ihm treu und ergeben; bei jeder Gefahr, bei jeder Wendung gerät sie ins Schwanken.

So ging nun im Laufe der letzten Jahre in Russland ein wechselseitiger Prozeß vor sich: die schwankenden Elemente des Apparats förderten den Kapitalismus im Dorfe, der erstarrende Kapitalismus wirkte zurück auf diese schwankenden Elemente, unterwarf sie immer mehr seinem

Einfluß, förderte den Prozeß der Herausbildung thermidorianischer Elemente im Apparat.

Aus dem Bündnis der Arbeiter und Bauern wurde ein Bündnis eines Teiles des Apparates mit den Epitzen des Dorfes. So ging und geht in Russland ein Prozeß der Sammlung von kontre-revolutionären Kräften, sozialen Tränen des Thermidor vor sich. Es erübrigt sich, zu erwähnen, daß die Niederslagen des Proletariats im Auslande, das Erstarken des Kapitalismus zur Beschleunigung dieses Prozesses wesentlich beitrug.

Das Proletariat in der russischen Revolution.

Die russische Revolution forderte vom Proletariat die größte Anstrengung aller seiner Kräfte. Krieg, Bürgerkrieg, Hunger — das erschöpfte seine Kräfte. Viele hunderttausend bester Proleten opferten der Revolution ihr Leben, viele hunderttausende verließen die Reihen des Proletariats, um Staats-, Partei-, Gewerkschaftsapparat aufzubauen. Viele hunderttausende alter erprobter revolutionärer Kämpfer erslangen im Laufe der zwölf Jahre das Alter, wo der Tod natürlich ist, und wo das Leben kein Schlachtfeld mehr sein kann. Der Nachwuchs bestand entweder aus proletarischer Jugend, die zum Teil die revolutionären Klassenkämpfe nur aus der Geschichte kannte, oder aber aus Bauernsöhnen, die mit sich in die Fabrik die kleinbürgerliche Ideologie des Dorfes mitbrachten. Die Kaders des Proletariats haben sich infolge der Revolution qualitativ verschlechtert. Dazu kam noch die Tatsache, daß nach der Periode des Hungers und Entbehrungen mit der Einführung der Nep sich die Lage der Arbeiter langsam aber kontinuierlich verbesserte. Dies alles führte zur Abstumpfung des Klassenbewußtseins, zur Schwächung des revolutionären Glanz der Massen, zur Schwächung des Widerstandes gegen das Erstarken der Kräfte des Thermidor, zur Einwurzelung der Illusion über den friedlichen nationalen Sozialismus.

Allein, gerade die Zuspaltung der Klassengegensätze mußte den Prozeß der Klärung des Klassenbewußtseins beschleunigen. Der Produktionsprozeß in der Industrie vollzieht seine erzieherische Wirkung. Das heißt Jahr, war ein Jahr der wieder aufsteigenden, erstarrenden Aktivität und Widerstandsfähigkeit des Proletariats. Das russische Proletariat befindet immer mächtiger, daß es nicht gewillt ist, seine Revolution aufzugeben, vor dem Thermidor zu kapitulieren.

Die Differenzierung und Herausstiftung der sozialen Kräfte kann nicht aufgehalten werden. Und die weitere Entwicklung kann nur in der Richtung der sich immer mehr verschärfenden Klassenkämpfe vor sich gehen. Die Avantgarde des internationalen Proletariats muß auf der Hut sein.

B. B.

Die Klassenkämpfe in Oesterreich und die Rolle der Sozialdemokratie.

Die wirtschaftliche und politische Vormachtstellung des Finanzkapitals

Die im Gefolge der Festigung des europäischen Kapitalismus einsetzende Konzentration des Kapitals (Vertusungen, Kartellierungen und Fusionierungen) hat an den Grenzen Oesterreichs nicht Halt gemacht. Wohl sind die Widerstände, die hier der Kapitalismus zu überwinden hat, relativ größer als in den mächtigen Industriestaaten des Westens. Der Zerfall des alten Wirtschaftsgebietes erzwang grundlegende strukturelle Veränderungen im Gefüge der Industrie. Ganze Industriezweige, die hier ihren Sitz

und im alten Oesterreich-Ungarn eine Monopolstellung besaßen, mußten teilweise oder gänzlich abgebaut werden. Die technische Rückständigkeit des Produktionsapparates bedurfte großer Kapitalinvestitionen, um die Industrie auf den technischen Stand der modernen, benachbarten Produktionszentren zu bringen (Deutschland, Tschechoslowakei.) Dieser Prozeß ist in vollem Gange und bildet die Basis der ganzen sozialen und politischen Veränderungen in den letzten Jahren. In demselben Tempo, wie die

Konzentration in der Industrie fortschreitet, entwickelt sich die Rationalisierung, die Steigerung der Arbeitsproduktivität, und vor allem die Intensivierung der Arbeit. Obwohl bedeutende ausländische Kapitalien in den letzten Jahren in der österreichischen Industrie investiert wurden, ist es richtig, von einem gewissen Kapitalmangel der Industrie zu sprechen; dieser Kapitalmangel erschwert den Export, behindert langfristige Kreditgeschäfte. Als Gegengewicht zu diesem Mangel — der sich angesichts der Rückläufigkeit des amerikanischen Kapitals aus Europa nach Amerika künftig noch stärker ausprägen wird — versucht das Industriekapital mit aller Kraft das Lohnniveau der Arbeiterklasse möglichst tief zu halten und sprengt den 8-Stunden-Tag durch die planmäßig entwickelten Überstunden-Prämien — und Allordarbeit.

Angesichts der Unmöglichkeit, die Produktionskapazität der Industrie auf dem Wege des Exports voll auszunützen, verschärft sich im Inlande selbst der Druck der Großindustrie auf Mittel-, Kleinindustrie und Handwerk um den Inlandsmarkt. Die Großbanken, die eigentlichen Herren der Großindustrie, ergänzen die Preispolitik der Kartelle durch eine Kreditpolitik, die planmäßig die Ausmerzung der schwächeren und kleineren Kapitalgruppen anstrebt.

Die Politik des rationalisierenden Kapitalismus verschärft nicht nur die Klassengegensätze zwischen Kapital und Arbeit, sondern auch die Gegensätze innerhalb der herrschenden Klasse.

In dem Maße, in dem sich der Ausbau der wirtschaftlichen Vormachtstellung des Finanzkapitals in Österreich vollzog und vollzieht, wächst sein Bestreben, die Staatsmacht ausschließlich und reibungslos seinen Interessen nutzbar zu machen, nicht nur die Arbeiterklasse nieder, sondern auch die schwächeren Kapitalgruppen von der Vertretung ihrer Interessen mittels der Staatsmacht fernzuhalten. Von diesem Bestreben ausgehend, hat sich das Finanzkapital die Christlich-soziale Partei unterworfen, hat es die Regierung zum Vollstrecker seiner Interessen gemacht. Die Steuer-, Zoll-, Handels- und Sozialpolitik der letzten Jahre trägt den Stempel des Finanzkapitals. Auf diese Weise hat die Großbourgeoisie eine Periode der gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Reaktion in Österreich eingeleitet, hat sie die Massen in eine langsam ansteigende, oftmals widerspruchsvoll verlaufende Abwehrbewegung gedrängt, deren vorläufiger Höhepunkt der 15. Juli war. Der Ausbau außerparlamentarischer Machtmittel, vor allem des Faschismus, war und ist die Antwort der Großbourgeoisie, die immer energischer, immer lauter und immer zielbewusster ihre Diktatur verankert, jederzeit bereit, wenn diese legal, parlamentarisch, behindert wird, den Staatsstreit zu vollziehen.

Der Kampf innerhalb der herrschenden Klasse und der Funktionswandel der Sozialdemokratie.

Mittel- und Kleinbürgertum, bedroht durch die Übermacht des Finanzkapitals, sind gezwungen, sich in diesem Kampf um ihre soziale Existenz eigene politische Organe zu schaffen. In der ersten Periode der „Sanierung“ (1922/23) versuchen sie, eigene Parteien herauszubilden. (Bürgerlich-demokratische, Demokratische Partei usw.) Angesichts der Erfolglosigkeit dieses Versuches beginnen sie seit 1924, ihren Druck auf die Sozialdemokratie zu konzentrieren, um sich die reformistische Arbeiterpartei ebenso zu unterwerfen, wie das Finanzkapital die christlichsoziale.

Diese Tendenz der kämpfenden mittel- und kleinbürgerlichen Schichten, die seit 1924 in hellen Schatten zur sozialdemokratischen Partei strömen, löste bei der reformistischen Bureaucratie die tiefste Zufriedenheit aus. Die gehobenen Schichten der Arbeiterklasse, die Riesenarmee der Gewerkschaftsbureaucratie, die reformistische Bureaucratie im Gemeinde- und zum Teil auch im Staatsapparat, erblickten in diesem Zustrom bürgerlicher Schichten den Hebel zur „Eroberung der Staatsmacht“ auf dem Wege der parlamentarischen Mehrheit. Der Reformismus war sich vollkommen darüber klar, daß diese „Eroberung der Staatsmacht“ nichts anderes darstellen werde, als die Regierungsübernahme, d. h., daß eine solche „Eroberung der Staatsmacht“ die Fundamente der bürgerlichen Gesellschaft nicht erschüttern, ja nicht einmal berühren werde. Es ist grundsätzlich falsch, anzunehmen, der Reformismus sei so illusionär und utopisch, daß er wirklich den Sozialismus auf diesem Wege durchführen, zumindest praktisch in Angriff nehmen wollte. Mit der Aufrichtung der bürgerlichen Republik 1918, mit der Organisierung des kapitalistischen Wiederaufbaues (seit 1918), schließlich mit der Genfer Sanierung 1922, hat sich der Reformismus grundsätzlich mit beiden Füßen auf den Boden der bürgerlichen Gesellschaft, des Kapitalismus, des bürgerlichen Staates, gestellt. Eine ganz andere Illusion lag dem Bündnis des Reformismus mit den oppositionellen bürgerlichen Schichten zu grunde. Der Reformismus glaubte — und er glaubt es auch heute noch, der „Volksblock“, der unter der politischen Führung der Sozialdemokratie alle Klassen, deren Interessen im Widerspruch zu denen des herrschenden Finanzkapitals stehen, umfaßt, könne auf demokratisch-parlamentarischem Wege dem Finanzkapital die Staatsmacht entwinden und die bürgerliche Gesellschaftsordnung „vernünftig“ machen, d. h. Staat und Gesellschaft nach den Interessen der untergehenden bürgerlichen Mittelschichten formen. Im Wesen ist diese Auffassung des Reformismus reaktionär, denn sie verleugnet die grundlegenden Gesetzmäßigkeiten des geschichtlichen Prozesses, nach denen der gesellschaftliche Fortschritt nur über den Weg der sozialen Entwicklung dieser Mittelschichten zu geben vermag. Dem herrschend gewordenen Finanzkapital kann weder mit ökonomischen noch mit politischen Mitteln seine Vormachtstellung im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung entzogen werden. Die Illusion des Reformismus, an der Spitze des „Volksblocks“, innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, die Gesetze des modernen Finanzkapitalismus, seine Monopoltendenzen, seine räuberische Aggressivität, aufheben, abschaffen zu können, ist durch und durch kleinbürgerlich-reaktionär.

Die in die sozialdemokratische Partei eingedrungenen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten haben die gesamte Politik der Sozialdemokratie seit 1924 zu bestimmen begonnen. Die besonderen Klasseninteressen der Arbeiterschaft opfernd, konzentrierte sich die Sozialdemokratie darauf, die bürgerlichen oppositionellen Schichten zu vertreten. Dieser Charakter ihrer ganzen Strategie kam in ihrer außerordentlich scharfen Haltung anlässlich des Zusammenbruchs der Spekulationsbanken (1925/26) zum Ausdruck. Sie, die der Durchbrechung des Acht-Stundentages Vorschub leistet (Gemeindebetriebe), ernste Lohnkämpfe um jeden Preis vermeidet, die Arbeitslosen-Armee sich selbst überläßt, die Rationalisierung bewußt fördert (unter Verzicht auf Arbeitszeitverkürzung und Lohn erhöhung), wandte sich 1926 mit äußerster parlamentarischer Energie gegen die Regierung des Finanz-

Kapitals (Seipel), die den Zusammenbruch der Spekulationsbanken für die Verstärkung der Vormachtstellung der alten Großbanken benötigte. 1926 wurde das Schicksalsjahr für den „Volksblock“, der, in der Sozialdemokratie verkörperzt, die Regierungsgewalt erstrebt. Damals, in der sturmischen Massenbewegung der breitesten Volksmassen in Stadt und Dorf gegen die Herrschaft und die Regierung des Finanzkapitals, wurde es auch dem Reformismus klar, daß die Macht des herrschenden Finanzkapitals mit parlamentarischen Mitteln nicht zu brechen ist.

Unfähig, anders als parlamentarisch zu kämpfen, mußte die Sozialdemokratie auf eine Auswertung dieser Massenbewegung verzichten. Die Großbourgeoisie frohlockte. Schlag auf Schlag ging sie zur Gegenoffensive über, entfesselte im Dezember 1926 den Sturm gegen die „Breitner-Steuern“, um die oppositionellen, bürgerlichen Schichten zurückzutreiben, und als ihr dies nicht gelang, organisierte sie außerparlamentarische Aktionen zur Verankerung ihrer Herrschaft im Staate, die mit dem Arsenal-Ueberfall (März 1927) ihren Anfang und mit dem Blutbad des 15. Juli ihren vorläufigen Höhepunkt gefunden haben.

Je schärfer sich die Klassengegensätze zuspielen, desto ohnmächtiger wird die Sozialdemokratie. Jetzt, wo das Kapital (nicht nur um der Hausherrentente willen, sondern um Pfänder für große Anleihen zu besitzen) den Mieterschutz vernichtet, erweist sich die Sozialdemokratie auch als unfähig, die Interessen der Mittelschichten zu vertreten. Denn es ist ein Grundgesetz der gegenwärtigen Etappe des Klassenkampfes, daß die kleinbürgerlichen Schichten in Stadt und Dorf nicht selbstständig den Kampf führen können, sondern daß sie ihre eigenen Interessen nur verwirklichen können, wenn sie sich unter die Führung des kämpfenden, revolutionären Proletariates stellen. Zu einer bürgerlichen Arbeiterpartei geworden, verwandelt sich die Macht der Sozialdemokratie in Ohnmacht, in einer Zeit, in der der Liberalismus eine Utopie, die bürgerliche Demokratie aber durch die Klassenkämpfe gesprengt wird und die Geschichte an den beiden Polen der Gesellschaft die Fronten aufrollt: für die offene Diktatur des Finanzkapitals oder für die Diktatur des Proletariats.

Die zentrale Gegenwartsaufgabe des Kommunismus.

Die objektiven Bedingungen für ein weiteres Wachstum des Reformismus in Österreich werden durch diese Entwicklung außerordentlich eingeschränkt. Die Periode, in der der geschwächte Kapitalismus in Österreich zu Teilstücken an die Sozialdemokratie, insbesonders auf dem Gebiete der Sozialpolitik, bereit war, ist endgültig vorüber. Wirtschaftlich und politisch in voller Offensive, senkt er das Lebensniveau nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch der Mittelschichten. Vor allem konzentriert sich sein Angriff auf zwei Frontabschnitte, auf die gewerkschaftlichen Positionen des Proletariats, auf den geschlossenen Betrieb, den er durch den Betriebsfascismus zu sprengen sucht, gegen das Streikrecht der Arbeiter, das durch Einführung des Schlichtungswesens zerstört werden soll. Der zweite Frontabschnitt ist der Mieterschutz. Diese Offensive des Kapitalismus ist mit parlamentarisch-demokratischen Mitteln weder aufzuhalten, noch zu dämpfen. Hart und eindeutig ist der Reformismus vor die Entscheidung gestellt: Entweder bedingungslos zu kapitulieren oder auf die Straße zu gehen. Niemand weiß dies besser als die Sozialdemokratie selbst. Sie windet sich, sie dreht sich; aber, entschlossen, um keinen Preis außerparlamentarisch zu kämpfen, muß sie, Zug um Zug, kapitulieren. Sie bietet ihren ganzen Einfluß auf, um den elementaren Widerstand der Arbeiter gegen den Betriebsfascismus zu brechen (Hüttenberg, Andritz, Graz). Sie organisiert selbst das Schlichtungswesen. (Autoarbeiterstreik — Seit, Bauarbeiterkampf — Johann Böhm usw.) Sie hat soeben den Kampf für die Verteidigung des Mieterschutzes liquidiert. So gelangt die verbürgte Arbeiterpartei in einen immer schärferen Gegensatz zu den Bestrebungen der arbeitenden Klassen, in einen Gegensatz, der nur ein Spiegel des verschärften Klassengegensatzes zwischen Kapital und Arbeit ist. Man kann Klassen durch Mandat verwirren. Aber man kann sie nicht dauernd betrügen. In einer Etappe des Kampfes, in der die Interessen des herrschenden Finanzkapitals sichtbar in schärfsten Widerspruch zu denen aller anderen Klassen und Schichten kommen — weniger denn je zuvor.

So wachsen die Bedingungen objektiv für den Kommunismus heran. Nicht „automatisch“. Massen, die betrogen werden, werden nicht von selbst, „zwangsläufig“, bewußt revolutionär. Wenn ihnen eine richtige Führung fehlt, sinken sie in die Passivität direkt oder nach kurzen, spontanen und daher vergeblichen Widerstandsversuchen. An uns selbst liegt es, den Massen den Weg des Kampfes zu weisen. Vor allem: in dem entscheidenden Kampf gegen den Betriebsfascismus, für den geschlossenen Betrieb. Jetzt heißt es nicht, wie die Führung der Kommunistischen Partei glaubt, „Das Gesicht den Unorganisierten zugewendet“. Jetzt heißt es, in den Gewerkschaften, dort, wo die Arbeiterschaft als Klasse konzentriert ist, wo sie am sinnfälligsten den Gegensatz zwischen ihren Interessen und der bürgerlichen Politik des Reformismus erlebt, die Massen zum Klassenbewußtsein, zum Klassenkampf zu erziehen, zum Kampf, der beginnt mit der Verteidigung des geschlossenen Betriebes, für das Streikrecht, für höhere Löhne, gegen den Fascismus und enden muß mit außerparlamentarischen, revolutionären Massenaktionen gegen das Kapital und seinen Staat.

Die Krise in der tschechoslowakischen Partei.

Von den Kräisen, die gegenwärtig die ganze Komintern erschüttern, ist die der K. P. C. die tiefgehendste und folgenschwerste. Die letzte große Partei der Komintern, die relativ stärkste überhaupt, droht in einen Haufen streitender Gruppen zu zerfallen, denen das tschechische, kommunistische Proletariat, einer wie der anderen, Vertrauen und Gefolgschaft versagt.

Bis zum roten Tag, der den Bankrott der Parteiführung Tiele-Bolen offenbarte, blieb der innere Verfall der K. P. C. nach außen hin verborgen. Das heißt nicht, daß dieser Verfall erst am roten Tag eintrat. Seit die tschechoslowakische Bourgeoisie ihre inneren Gegensätze, die Spannungen insbesonders zwischen der tschechischen und deutschen Bourgeoisie in der Form des einheitlichen Bürgerblocks überbrückte, erwies sich die Parteiführung als unfähig, die Massen gegen die rasch fortschreitende soziale und politische Reaktion mobil zu machen. Die großen Massen des revolutionären tschechoslowakischen Proletariats erkannten nicht — der Politik, den Lösungen und der Taktik der Parteiführung gebührt der Hauptanteil daran —, daß sich der Charakter des Staates in dem Maße änderte, als es die Interessen der mächtig

aufstrebenden Industrie erforderte. Die Repräsentanten, die Masaryk, die Benesch, blieben. Sie wurden nun zu Bollstredern der sozialen und politischen Reaktion, sie, die im Bewußtsein der Massen noch die alten radikalen Demokraten, die Kämpfer gegen den halb feudalen, erzreaktionären Habsburgerstaat, waren.

Die Parteiführung erwies sich als unfähig, die tiefgehenden Umgruppierungsprozesse im tschechoslowakischen Kapitalismus zu erfassen, den Widerstand der Massen gegen die wirtschaftliche und politische Offensive des Kapitals zu organisieren. Die Unfähigkeit war auf allen Gebieten sichtbar. Verstanden es die von der Partei geführten Gewerkschaften besser, die Arbeiter gegen die kapitalistische Nationalisierung in den Kampf zu führen als die Reformisten? Wenn heute die Habs und Genossen, unter dem Beifall des internationalen Rechten (Brandler, Thalheimer), die „kollektive Leitung“, die das neue, scheltradikale SK einzog und die für die verbrecherische Leichtfertigkeit in den letzten Streiks voll und ganz verantwortlich ist, stützten, dann darf nicht vergessen werden, daß die Führungen vor der kollektiven Leitung im ZAB, nämlich die Rechten, sich schon längst als unfähig erwiesen haben, aus dem ZAB eine wirkliche Klassenkampf-Gewerkschaft zu machen.

Die gesamte Politik der Zilek-Boles seit 1928, die ganze Politik der KPB in einer Etappe, in der es galt, mit besonderer Fähigkeit in der Partei selbst die tiefsteckenden, kleinbürgerlich-demokratischen Illusionen auszumerzen, war eine einzige Kette von zentralistischen Phrasen, von Schwanzpolitik und politischer Verworrenheit. Die Parteiführung repräsentierte die Partei — nämlich alle ihre negativen Füße, alle ihre Rückstände und ihre man gende Reife. Man darf nicht vergessen: Aufgewachsen im Schatten Bohumil Schmetzals, umfaßte die KPB wohl große, sehr große Massen des tschechoslowakischen Proletariats, aber es hafteten ihr auch alle Muttermale der Sozialdemokratie an, vor allem, ihr sprichwörtlich gewordener Opportunismus. Um diese große, amorphe, sozial buntseidige, politisch heterogene, von kleinbürgerlichen Elementen außerordentlich stark durchsetzte Massenpartei auf das Niveau einer revolutionären, kommunistischen Partei zu heben, hätte es der brüderlichen, plannähigen Hilfe des SKI bedurft. Einer solchen Partei mußte bereits die Sinowjew-Aera zum Verhängnis werden. Das Stalinische Regime wird für sie zur Katastrophe.

Um roten Tag haben die Massen der Partei geantwortet. Sie machten „hassiv“ sie verweigerten der Parteiführung die Gefolgschaft. Die Parteiführung „strafte“ die Massen entsprechend. Sie überließ sie ruhig sich selbst, die wenigen Tausende, die gekommen waren. So wurde die Tragödie zur Farce.

Unter der glorreichen Führung des stalinistischen SKI ist nun eine neue Führer-Gattin eingesezt: die marktschreierischen Memorandisten, die Fried, Guttmann, Reimann, Gottwald, Slansky. Sie haben es glücklich zugebracht, mit ihrem echt stalinistischen, lasernen, hofmäßigen Kommando-Regime die Partei in ein derartiges Chaos zu treiben, daß der eigentliche Inhalt der Differenzen, die es erst klar herauszuarbeiten gilt, dem Bewußtsein der Arbeiter immer mehr entrückt. Ein großer Teil der Arbeiter, die heute den oppositionellen Führern folgen, demonstrierten damit nicht ihre Übereinstimmung mit deren Aussagen, sondern sie protestieren auf diese Weise gegen die anmaßenden, selbstherrlichen Kommando-Methoden der „außer-sich-geratenen“ Kleinbürger, die heute die Führung der Partei an sich gerissen haben. Und wieder ein großer Teil der Arbeiter in der Partei, der sich jetzt hinter das SKI stellt, will damit keineswegs die Übereinstimmung mit dessen Abenteuerpolitik dokumentieren, sondern seine Furcht vor einer vollen Verschlagung und Atomisierung der Partei.

Dass diese Furcht berechtigt ist, beweisen nicht nur die Niederlagen der Partei (Gemeinderatswahlen) und des Z. A. B., sondern vor allem die rasch ansteigende Passivität der Mitgliedschaft.

Die diversen oppositionellen Gruppierungen sind noch in voller Entwicklung. Die offenen Rechten entfalten eine ziemliche Aktivität und versuchen unter der Lügung „Ehrlichkeit“, „Parteidemokratie“ ihren Einfluß zu vergrößern. Die Rechten (Ecer, Kaban, Görlitz usw.) trachten, einen festen Block mit Habs vom Z. A. B. herzustellen. Auf der anderen Seite stehen Zilek, Neurath mit ihrem Unhäng vor allem im Parteiapparat, insbesonders im Parlament und Senat, die Habs objektiv unterstützen. So geht die oppositionelle Front, wenn auch die einzelnen Abschnitte organisatorisch noch nicht untereinander verbunden sind, von den Brünner Rechten (Ecer, Kaban), die im Brünner Rathaus mit dem „Linken Block“ zusammenarbeiten und die voll und ganz im Banne des „Masarykismus“ stehen, über Habs, Radovnic, Schora (Z. A. B.) bis zu den Zentristen um Zilek, Neurath usw.

In der Politik aber bedeuten die Gesetze der Aktion sehr wenig. Die Zusammenfassung verschieden gerichteter Kräfte unter Verzicht auf einen prinzipiellen Kampf, ist der Beginn der Diskreditierung eines solchen Blocks vor den Massen, der Beginn der Beseitung. Gerade diese Prinzipienlosigkeit der Opposition alarmiert bereits die Mitgliedschaft — sie beginnt trotz ihrer Unzufriedenheit mit der Parteiführung, diese aktiv zu unterstützen.

So ist es klar: Kann diese neue Führung die Partei nicht führen, so vermag der prinzipielle Oppositionsblock, der sich jetzt zu bilden beginnt, die Massen der Partei nicht zum Kampf für die Wiedergeburt der Partei, für ihre Weiterentwicklung zu einer wirklichen, kommunistischen Aktionspartei mobil zu machen. Wer nicht mit aller Schärfe die Wurzeln der falschen Politik der KPB bloßlegt, indem er den kommunistischen Arbeitern offen sagt, daß auf dem Boden des Stalinismus keine andere Möglichkeit als zu einer solchen Politik besteht, der betrügt sich selbst oder er betrügt bewußt die Arbeiter. Der Kampf für die Einheit der Partei, für ihre Weiterentwicklung kann nur geführt werden vom Leninflügel, von den Linken Kommunisten.

In der zweiten Nummer des „B. d. L.“ gelangt zur Veröffentlichung:

Trotzky: „Die deutschen Rechten und die internationale Lenin-Opposition“ (Brief an Souzine) und „Brief an die amerikanischen Arbeiter“.

Leset die Presse der Internationalen Leninopposition:

„Fahne des Kommunismus“ (täglich) und „Volksrill“ (wöchentlich), Berlin SD 36, Adalbertstraße 22; „Contre le Courant“, Paris (15) 8, Boulevard de Roquigny; „Militant“, New York-City, P. O. Box 120, Madison Sq. Sta.; „Proletar“ (ungarisch), New York, Long Island-City, 23-02, Clark-St.; „De Communist“ (flämisch), Brüssel-Etterbeek, Granstraat 64.

Leset den „Mahnruf“, das Wochenorgan der Kommunistischen Opposition Österreichs (Linke Kommunisten). Zu bestellen: Wien, 18. Bez., Vinzenzgasse 24, Graz, Elisabethinenstraße 20.

**Redaktion und Verwaltung für Österreich: Kurt Landau, Wien,
XVIII., Vinzenzgasse 24**

**Alle Zuschriften, Anfragen, Materialanforderungen in der Tschechoslowakei sind zu richten an:
Hans Müller, Eger, Schlögelgasse 14**

Eigentümer: Hans Thoma, Wien, 2. Bez., Novaragasse 24. — Herausgeber, Verleger und verantwortl. Redakteur: Kurt Landau, Wien, 18. Bez., Vinzenzgasse 24. (Im Auftrage der Executive der kommunistischen Opposition, Linke Kommunisten.) — Verantwortlicher Redakteur für die Tschechoslowakei: Hans Müller, Eger, Schlögelgasse 14. — Druck: „Austria“, Wien, 2. Bez., Taborstraße 52b.